

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 143

9. November

1916

Stellvertretendes Generalkommando.
XVIII. Armeekorps.
II b. VII. Nr. 12.

Frankfurt a. M., den 27. Oktober 1916.

Betr.: Hauschlachtungen.

Angeichts der Wichtigkeit der Hauschlachtungen sind die Ersatztruppenteile und Lazarette des Korpsbereichs ermächtigt worden, auf Anfordern der unteren Verwaltungsbehörden Unteroffiziere und Mannschaften zur Vornahme von Hauschlachtungen in ihre Heimatgemeinden bis zur Dauer von 4 Wochen zu beurlauben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um Schlachtungen im eigenen Haushalt (Selbstverfórger) oder um solche Schlachtungen handelt, die in fremdem Auftrag für Selbstverfórgerzwecke vorgenommen werden.

In erster Linie sollen „nichtkriegsverwendungsfähige“ Hauschlächter beurlaubt werden, wenn für die betreffenden Gemeinden „nichtkriegsverwendungsfähige“ nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Gefuche um längeren als vierwöchigen Urlaub unterliegen der Entscheidung des stellvertretenden Generalkommandos.

Alle Gefuche sind durch Vermittlung der Ortspolizeibehörden bei dem zuständigen Kreis-, Landratsamt oder Polizeipräsidenten einzureichen.

Um Bekanntgabe dieses Erlasses in der lokalen Presse wird ersucht.

Von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos:

Der Chef des Stabes

v. Graaff, Generalleutnant.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b, I b Pr. Tag-Nr. 5560/3996.

Frankfurt a. M., den 26. September 1916.

Betr.: Veröffentlichung von Anzeigen über die Beschäftigung von Arbeitskräften jeder Art.

Auf Grund der §§ 1 und 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich hinsichtlich der Veröffentlichung von Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften im Einverständnis mit dem Gouvernement Mainz für den ganzen Bereich des 18. Armeekorps, unter Ausschluss des Bezirks der Kommandantur Coblenz:

Verboden sind:

I. alle Anzeigen,

1. mit deren Hilfe Arbeit im neutralen oder feindlichen Ausland angeboten oder gesucht wird,
2. die die Zusage enthalten, die Ueberrahme der angebotenen Arbeit habe Befreiung oder Zurückstellung vom Heeresdienste oder einen entsprechenden Antrag des Arbeitgebers zur Folge.

II. alle Anzeigen unter Chiffre oder Deckadresse,

1. die der Anwerbung von männlichen oder weiblichen Arbeitskräften dienen,
 2. in denen männliche oder weibliche Arbeitskräfte, außer den technischen und kaufmännischen Angestellten, Stellung suchen.
- Ziffer I. 3 und II. 3 der Verordnung vom 3. Dezember 1915 (III b, I b Pr. Tag-Nr. 11 708/5569) betr. Veröffentlichung von Anzeigen in den Zeitungen und Zeitschriften werden aufgehoben. Jede Uebertretung dieser Verordnung wird mit Geldstrafe bis zu 100 Mark, an deren Stelle im Falle der Nichtbeitreibung Haft tritt, bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Betr.: Lieferung von Benzol für die Landwirtschaft.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, das Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Nachstehend auszugswiese abgedrucktes Schreiben des Reichsanwalts (Reichsamt des Innern) ist den in Betracht kommenden Landwirten mit dem Anfügen bekannt zu geben, daß die für den Kreis Gießen zuständige Hauptlagerstelle der Deutschen Benzol-Vereinigung G. m. b. H. sich in Frankfurt a. Main befindet. (Firma S. Cohen, Weißfrauenstraße 12.)

Die Ortspolizeibehörden haben die erforderlichen Bescheinigungen für landwirtschaftliche Motore (nicht für Kraftwagen) auszustellen.

Die Bescheinigungen sind stempelfrei.

Gießen, den 8. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen

Dr. Ujinger.

Die Landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft, G. m. b. H. in Berlin, Leipzigerweg 7, hat von der Deutschen Benzolvereinigung in Potsdam 1000 Tonnen Benzol, enthaltend 10 vom Hundert Lösungsbenzol 2, angekauft. Sie hat dieses Benzol

zu ihrem Einkaufspreis von 55 M. für je 1000 Kilogramm an die Hauptlagerstellen der Deutschen Benzolvereinigung unter der Bedingung weitergegeben, daß dieses Benzol gegen einen Preis von 62 M. für je 100 Kilogramm und die üblichen Leihgebühren für eigene Fässer an landwirtschaftliche Verbraucher gegen Vorlegung einer amtlichen Bescheinigung über die Notwendigkeit der Verwendung als Betriebsstoff für landwirtschaftliche Motore (nicht Kraftwagen) bei sparsamem Verbrauch abzugeben.

Die den Lagerhaltern der Benzolvereinigung zur Erlangung der Abgabe des Benzols vorzulegende Bescheinigung muß durch die zuständige Polizeibehörde ausgestellt werden. Die Lagerhalter sind angewiesen, die verfügbaren Mengen gleichmäßig auf die in den Betracht kommenden Landwirte zu verteilen.

Betr.: Den Verkehr mit Gerste; hier Mahlkarten.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, an Großh. Polizeiamt Gießen, die Großh. Bürgermeistereien und Gendarmeriestationen des Kreises.

Auf Anregung der Reichsfuttermittelstelle in Berlin sehen wir uns veranlaßt, die Bestimmung in § 6 unserer Bekanntmachung vom 8. August 1916 (Kreisblatt Nr. 93) erneut einzuschränken. Hiernach ist für Verarbeitung von Gerste der Mahlkorn in bar zu entrichten; das sogenannte Moltern ist verboten. Die Ueberlassung von Gerste an den Müller ist keine Verwendung im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe. Die Ueberlassung an den Müller und der Erwerb durch diesen sind nach § 10 Ziffer 2 der Gerste-Verordnung strafbar.

Die in Betracht kommenden Mühlen sind entsprechend zu verständigen.

Gießen, den 8. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ujinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Schutz der Telegraphenleitungen.

Die Besitzer von Bäumen an solchen Kreis-, Kommunal- und Ortsstraßen, an denen Telegraphenleitungen entlang laufen, werden hiermit aufgefordert, gelegentlich der im Herbst dieses und im Frühjahr des kommenden Jahres stattfindenden Ausästung die Bäume soweit zurückzuschneiden, daß Berührungen der längs dieser Straßen geführten Telegraphenleitungen mit den Baumästen (auch beim raschen Wachsen der Bäume) für den nächsten Sommer ausgeschlossen sind.

Gießen, den 3. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Ausführung der Verordnung über Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 (hier der § 9 dieser Verordnung in Bezug auf Wild).

Als Selbstverfórger nach § 9 der Verordnung vom 21. August kommen nur Jagdbesitzer oder Jagdberechtigte in Betracht, die selbst oder durch eingeladene Gäste oder durch ihr Personal die Jagd ausüben. Der Selbstverfórger kann sein Wildbret, soweit es unter die Fleischarte fällt (Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild), an Verbraucher nur gegen Marke abgeben. Der Markenzwang besteht nicht bei der Abgabe an den Wildhändler. Diese Abgabe ist vielmehr nur anzuzeigen (§ 9 Abs. 5). Selbstverständlich hat der Wildhändler dem Verbraucher ebenfalls Fleischmarken abzugeben.

Jede Abgabe von fleischartenpflichtigem Wildbret an Verbraucher durch den Jäger ohne Fleischmarke ist unzulässig.

Die Berechnung der Wochenrate für Wild nach § 10 Abs. 3 der Verordnung geschieht auch für Selbstverfórger nach dem Maßstabe des § 6 Abs. 1. Die für Wild festgesetzte Höchstmenge ist im § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung vom 21. August festgesetzt und beträgt 50 Gramm auf $\frac{1}{10}$ Anteil, einerlei, ob es sich um die Berechnung des Verbrauchs der Selbstverfórger oder anderer fleischartenpflichtiger handelt.

Gießen, den 6. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unsere Gerichtsschreibereien täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sowie Großherzogs und Kaisers Geburtstag, von vormittags 10 bis 12 Uhr, für die Rechtssuchenden geöffnet sind. An letzteren Tagen findet nur die Annahme Rechtssuchender in eiligen Angelegenheiten statt.

Als Amtstage für die Einwohner des Stadtbezirks Gießen werden außerdem Dienstag, für die Einwohner des Landbezirks Mittwoch vordeterminiert.

Gießen, den 4. November 1916.

Großherzogliches Amtsgericht.

Zwillingrunddruck der Brühl'schen Univ.-Buch- und Steindruckerei. R. Lange, Gießen.